

Bericht über die Generalversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam

Aus der Arbeit der vierten Studienkommission des Ökumenischen Rates:

Die Kirche und die internationalen Angelegenheiten

Eines der Hauptanliegen des Ökumenischen Rates ist es, auf die friedliche Lösung der internationalen Fragen Einfluß zu nehmen. Diesem Zweck gilt die ständige 4. Kommission für internationale Angelegenheiten, deren Arbeit in der gegenwärtigen Krise möglicherweise große Bedeutung zukommen könnte. Das „Studienprogramm“, das wir schon mehrfach zitiert haben, schreibt dazu folgendes: (Die Zwischenüberschriften sind von der Schriftleitung)

Die Ständige Kommission für Internationale Angelegenheiten des Ökumenischen Rates und des Internationalen Missionsrates wird als vierte Kommission auf der ersten Vollversammlung tätig sein. Diese Kommission für Internationale Angelegenheiten, die sowohl vom Ökumenischen Rat als auch vom Internationalen Missionsrat gemeinsam geplant und im Februar 1946 gebilligt wurde, erhielt ihre endgültige Form auf der Konferenz für internationale Angelegenheiten in Cambridge im August 1946. Diese Kommission hat eine von den anderen abweichende Stellung, weil sie eine ständige Körperschaft ist... Die Konferenz von Cambridge hat die Präambel entworfen und die Aufgaben des Ausschusses festgestellt. Die Präambel hat folgenden Wortlaut:

„In diesen Tagen der Bestürzung und der Verwirrung, der Enttäuschung und der Angst ist die Kirche berufen, ihren Glauben an die unbegrenzte Gewalt des allmächtigen Gottes zu bezeugen und Seinen Dienst der Versöhnung auszurichten. Als Christen müssen wir der Welt verkündigen, nicht daß wir die Lösung aller Probleme besitzen, sondern daß Gott herrscht und daß Er den Menschen den Weg zeigen wird in dem Maße, als sie Seinem Willen gehorchen und Seiner Gnade vertrauen. Seit der Erfindung der Atombombe ist das Friedensproblem so brennend geworden wie nie zuvor. Niemand weiß, wieviel Zeit der Menschheit noch gegeben ist, um aus den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unserer Zeit den Weg zu einer von gegenseitigem Vertrauen und einem dauerhaften Frieden getragenen Ordnung zu finden. Aber wir wissen, daß wir zu gegenseitiger Vernichtung verdammt sind, wenn die Völker nicht einen neuen Weg zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander finden... Die Kirche ist nach Gottes Vorsatz eine einzigartige Gemeinschaft von Menschen ohne Begrenzung durch Volk oder Rasse, Kultur oder Tradition — eine unbedingte Einheit, gegründet in der unbedingten Liebe Gottes. Es ist wahr, daß die Kirchen, wenn es galt, diese Einheit in aller Welt deutlich zu machen, sich als unzulänglich erwiesen haben. Aber in den letzten 30 Jahren sind wir zu der Erkenntnis gekommen, worin wir versagt haben...“

Die Führung des christlichen Gewissens

In den Jahren vor dem Kriege sind von der ökumenischen Bewegung und namentlich von der Oxford-Konferenz über

Kirche, Volk und Staat 1937 bedeutsame Schritte unternommen worden, um die internationalen Angelegenheiten im Lichte des christlichen Evangeliums zu sehen. Während des Krieges wurde dann die christliche Studienarbeit und der christliche Einsatz auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen in vielen Ländern fortgeführt und ein gewisses Maß ökumenischer Zusammenarbeit aufrechterhalten. Die gegenwärtige Tagung stellt eine Fortsetzung dieser Vorgänge auf einer erweiterten und repräsentativeren Basis dar. Sie ist ein Ergebnis der Überzeugung, daß in diesem neuen Abschnitt der Geschichte das Urteil und die Führung des christlichen Gewissens hinsichtlich der internationalen Probleme klarer und entschlossener sein muß als bisher. Solch ein Urteil und solch eine Führung werden sowohl bei den Staatsmännern als auch bei den Völkern ein größeres Gewicht haben, wenn sie das Ergebnis einer gründlichen Kenntnis der konkreten Probleme sind, um die es heute geht.

Die Völker sind heute vor die Notwendigkeit eines politischen Handelns von beispiellosem Ernst gestellt. Der Friede muß erreicht werden. Die Zerrüttung durch den Krieg muß überwunden werden. Das politische und wirtschaftliche Leben der Welt muß neu gestaltet werden. Auch ein Völkerrecht muß aufgestellt werden. In welchem Geist soll das geschehen? Hier hat die Kirche ein Wort zu sprechen, das sonst niemand sprechen kann. Sie spricht nicht als Vertreterin einer bestimmten Nation, Klasse oder Gruppe, sondern im Namen Gottes, der keine Sonderinteressen schützt, sondern aller Richter und Erlöser ist...“

Schon in Cambridge hatte man sich vorgenommen, zwei Hauptfragen zu behandeln. Erstens sollten regelmäßige und geordnete Beziehungen zu den Vereinten Nationen hergestellt werden, um den Ökumenischen Rat mit allen erforderlichen Informationen aus erster Quelle zu versorgen und eine beratende Tätigkeit bei der UNO, wenigstens bei dem Wirtschafts- und Sozialrat, zu sichern. Hierbei sind bereits wichtige Erfolge erzielt worden. Die 4. Kommission konnte sich auf die Ergebnisse der Arbeit stützen, die schon von der „Kommission des Amerikanischen Kirchenbundes für einen gerechten und dauerhaften Frieden“ geleistet worden ist. Diese amerikanische Körperschaft war von Bedeutung für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, als die Vereinigten Staaten sich für den Beitritt zu den Vereinten Nationen entschieden, aber auch, als es sich darum handelte, Änderungen der gegenwärtigen Charta der Vereinten Nationen herbeizuführen, die einen Fortschritt gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen darstellten.

Die zweite Frage ist die Herbeiführung eines Friedens. Daher werden sich, wie aus den Vorarbeiten für Amsterdam hervorgeht, die Beratungen der 4. Kommission vor allem mit der weltpolitischen Spannung zwischen Sowjetrußland und den Westmächten beschäftigen, „wobei es sowohl um das Problem der Zukunft Deutschlands und ebenso auch um entscheidende Fragen im Fernen und Mittleren Osten geht. Es erscheint wichtig, den Kirchen einen Begriff von den internationalen politischen Konflikten zu geben, die mit diesen Spannungen zusammen-

hängen, und ihnen zu einem Verständnis der politischen und ideologischen Konflikte zu verhelfen, die das Vorhandensein von kommunistischen Bewegungen in vielen Nationen geschaffen hat. Zur Zeit besteht im Blick auf diese Fragen unter Christen eine große Verwirrung; sie sind aber die schicksalsvollsten Fragen, denen unsere Generation ins Auge sehen muß.

Auch Zustand und Wohlfahrt von abhängigen Völkern und solchen Nationen, die jetzt ihre Unabhängigkeit gewinnen, sollen besonders behandelt werden. Ob dieses in dem Aufgabenkreis der Kommissionen erscheint, hängt zum großen Teil von der Meinung des Internationalen Missionsrates ab, durch den die Mitarbeit der jüngeren Kirchen an solchen Fragen am besten mobilisiert werden kann."

Die Kirche zwischen Ost und West

Zu dieser schicksalsvollen Frage sind einige Vorarbeiten bekannt geworden, über die wir hier kurz berichten wollen. Da ist zunächst eine umfangreiche Studie von John Foster Dulles, dem bekannten New Yorker Rechtsanwalt. Dulles ist nicht nur eine führende Persönlichkeit des amerikanischen „Federal Council of Churches“ (Bundesrates der Kirchen), er gilt auch als erster außenpolitischer Ratgeber des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Dewey. So wurde er von Außenminister Marshall bei wichtigen Anlässen zu Rate gezogen und seinerzeit mit auf die Moskauer Konferenz genommen. Die Sowjets sehen in ihm ihren gefährlichsten Gegner. Sein Beitrag für die 4. Kommission zeichnet sich indessen durch den Versuch aus, friedliche Wege für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu finden.

„DER CHRISTLICHE BÜRGER IN EINER SICH WANDELNDEN WELT“

Unter diesem Titel stellt J. F. Dulles eine Reihe von christlichen Grundsätzen zur Diskussion, die das praktische Handeln der Christen in der internationalen Politik bestimmen könnten. Man merkt ihnen an, daß sie aus dem verantwortlichen Nachdenken eines Politikers erwachsen sind, der sich bemüht, die Welt vor einer schrecklichen Katastrophe zu bewahren. Dazu sei es geboten, daß die Kirchen die praktischen Probleme der Politik besser kennen.

Dulles geht von der „grundlegenden politischen und sozialen Tatsache des Wechsels“ aus. „Christen bedauern nicht die Unvermeidlichkeit des Wechsels. Sie sehen darin eher einen Grund zur Freude“, nämlich die „Möglichkeit, die Welt näher dahin zu bringen, daß Gottes Wille auf Erden, wie im Himmel getan wird.“ Für Christen besteht die große soziale Aufgabe darin, mit den Kräften zu rechnen, die einen gewissen Wechsel gebieten, so daß a) diese Kräfte ihren hauptsächlichsten Druck auf das ausüben, was durch etwas Besseres ersetzt werden kann und wird; b) daß die Kräfte, die auf Veränderung drängen, das relativ unberührt lassen, was im Augenblick nicht durch Besseres ersetzt werden kann; und c) daß die Kräfte für den Wechsel nicht selber ihrem Wesen nach böse und unchristlich sind.

Es kommt nun darauf an, daß man den Wechsel auf sozialem wie internationalem Gebiet zu einer rechtlichen

Einrichtung macht, die den Gebrauch der Gewalt erübrigt und ausschließt. „Das Ansehen des Christentums in der Welt hat schwer unter der Häufigkeit gelitten, mit der die sogenannten christlichen Völker Gewalt als Mittel der internationalen Politik angewandt haben...“ Einrichtungen zur Herbeiführung eines Wechsels erfordern eine Entscheidung darüber, wer sie in der Hand haben soll, und die Christen neigen mehr dazu, an Stelle diktatorischer oder autoritärer Einrichtungen diejenigen Regierungsformen zu begünstigen, die eine „freie, verantwortliche Gesellschaft der Selbstzucht“ begründen, weil Christen den Menschen in erster Linie als Individuum begreifen, das auf Gott und den Nächsten bezogen ist. Nur Einzelmenschen haben eine Seele, die gerettet werden kann, und es scheint, daß „Gott es nicht mit Völkern, Rassen und Klassen als solchen zu tun hat“. Dulles glaubt, daß diejenigen Formen der Gesellschaft, in denen die Einzelverantwortung geübt wird, die Völker besser dazu erziehen, notwendige Revisionen auf friedlichem Wege herbeizuführen. Leider gibt es „in der Welt nicht viele Gesellschaften, die einen im großen und ganzen erprobten politischen Mechanismus für Entscheidungen durch freie Wahl oder Überlegung der Völker aufweisen. Das liegt in der Hauptsache nicht daran, daß diese Institutionen nicht gewünscht werden, sondern daß mannigfache Verhältnisse gegen ihre Verwirklichung angekämpft haben“. Daher fehlen bis heute die Unterlagen, um im Weltmaßstab Institutionen politischer Freiheit zu schaffen und wirksam zu betätigen. Die Schaffung freier und verantwortlicher Gesellschaften sei demnach eine vordringliche Aufgabe der Christen um des internationalen Friedens willen. Aber auch die schon bestehenden müßten nicht nur erhalten, sondern ständig verbessert werden. Dulles sieht darin einen großen Fortschritt, daß in jüngster Zeit in Indien und China ein bedeutender Teil der Menschheit aus kolonialer Abhängigkeit entlassen und auf den Weg der Selbstverantwortung geführt worden ist.

Der Konflikt mit dem Sowjetprogramm

Auf Grund ausführlicher Zitate aus dem Buch von J. Stalin „Probleme des Leninismus“ (Moskau 1940) weist nun Dulles nach, daß dieses Programm nicht die Mitwirkung der sowjetischen Kommunistischen Partei finden würde, weil sie sich zu einem Programm gewaltsamer, revolutionärer Durchsetzung des Wechsels bekennt. „Zu einer Zeit, da ernste und wirksame Anstrengungen gemacht werden, um eine Gleichheit ohne Rücksicht auf Rasse oder Klasse zu schaffen, verstärkt die Sowjetpartei den Klassenkampf, und ihre „klassenlose“ Gesellschaft wird auf eine unbestimmte Zukunft verwiesen, weil, wie man sagt, der Kampf der neuen Klasse gegen die „Bourgeoisie“ nicht eine „flüchtige Periode“, sondern „eine ganze geschichtliche Epoche ist, erfüllt von Bürgerkriegen und auswärtigen Konflikten“.

„Es wird nicht behauptet, der Sowjetkommunismus sei ganz und gar schlecht. Wir haben erkannt, daß jeder Wechsel Elemente des Guten hat, weil alles Bestehende unvollkommen ist. Gewiß, es gab so viel Unvollkommenheit unter den Zaren, daß jeder Wechsel von da her sich leicht als Verbesserung auswirken konnte. Auch stützen sich die Sowjetführer nicht ganz oder ständig auf Mittel der Gewalt, und es hat auch manche gute, friedliche Entwicklung gegeben, besonders auf dem Gebiet der

Erziehung. Auch hat allein die Tatsache, daß es eine sowjetische Gegnerschaft gibt, eine anregende Wirkung auf die westlichen Demokratien gehabt, die in ihrem eigenen Interesse den Sporn des Wettbewerbs brauchten. Unglücklicherweise jedoch scheint es Grundlage der Sowjetdoktrin zu sein, daß es zur Zeit keinen „friedlichen Weg der Entwicklung“ gibt. In den dreißig Jahren seit der Oktoberrevolution hat man in Lehre und Praxis den Ton auf Gewalt, Zwang und Revolution gelegt; und so bestätigen die Ergebnisse, was die Geschichte so oft gelehrt, daß gute Ziele nicht gut durch Mittel der Gewalt, Terror, Haß und Fälschung, wie sie die Sowjetpartei verteidigt und anwendet, erreicht werden können. Jene Leute, die solche Methoden anwenden, machen den Eindruck, daß sie sich für ihre Sache sehr ereifern und sehr um sie besorgt sind. Was sie tun, erregt große Aufmerksamkeit, gerade, weil es gewaltsam geschieht, während gewöhnlich ein friedlicher Wechsel wenig Beachtung erfährt. Aber eine genaue Analyse zeigt gewöhnlich, daß dort, wo der Wechsel mit Gewalt durchgeführt werden soll, das sonst so erfreuliche Gefühl des Fortschrittes illusorisch wird.

So kommt es, daß trotz der Vereinbarkeit zwischen den sozialen Endzielen, die von den sowjetischen Kommunisten eingeständenermaßen erstrebt werden, und den Zielen, die christliche Bürger suchen, eine große Verschiedenheit hinsichtlich der anzuwendenden Mittel besteht. Dieser Unterschied ergibt sich sowohl aus den verschiedenen weltanschaulichen und sittlichen Voraussetzungen wie aus den widerstreitenden Urteilen über die Art der Mittel, auf die man sich tatsächlich stützen soll, um die erwünschten Ziele zu verwirklichen.

Friedliche Versöhnung mit dem Sowjetprogramm

John F. Dulles weist dennoch Wege, die eine Versöhnung des Programms der westlichen Kirchen mit dem Sowjetprogramm ermöglichen. Vor allem dürfe man nicht länger das politische und moralische Vakuum in Europa dulden, das den Sowjets' zugute komme.

Die sogenannte westliche oder christliche Kultur hat seit langem die meisten der sozialen Ziele anerkannt, die heute von der Kommunistischen Partei der Sowjets verkündet werden, und ihre Ziele waren allerdings noch fortschrittlicher. Aber in den letzten Jahren hat es geschienen, daß sie nicht mehr ganz bei der Sache war und es an Eifer oder dem Verständnis für die Dringlichkeit hat fehlen lassen. Das Ergebnis war, daß viele Völker, ohne viel nachzudenken, die idealisierten Ziele und Theorien des Sowjetprogramms mit der üblen Praxis westlicher Nationen verglichen haben. Andere, die auf rasche Resultate aus sind und die Mittel nicht überlegen, wurden für das Sowjetprogramm gerade durch die Gewaltigkeit seiner Mittel gewonnen, die ein Beweis für den rechten Eifer zu sein schienen. Die Tatsache, daß christliche Bürger dazu neigen, nicht gewaltsame Mittel zu begünstigen, wird als Beweis mangelnden guten Willens angesehen. Infolgedessen hat das Ausmaß von Anhängern für das dynamische Programm der Sowjets die Sowjetführer ermutigt, große Erwartungen auf die Verwirklichung ihrer eigentümlichen Idee von der „einen Welt“ zu setzen. Ihr Ehrgeiz ist derart angewachsen, daß in der Tat ernstlich die Gefahr jener „Serie furchtbarer Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den

bürgerlichen Staaten“ besteht, welche Lenin und Stalin als unvermeidlich vorausgesehen haben.

Die Christen müssen sich vornehmen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Dafür gibt es hauptsächlich zwei Wege. Zuerst müssen Christen die sowjetische These von der Unvermeidlichkeit eines gewaltsamen Konfliktes zurückweisen und darauf sehen, daß auch ihre Völker das tun, und sie dürfen nicht die Sowjetführung darin nachahmen, daß sie selber ihren Verlaß auf gewaltsame Mittel gründen.

Zweitens müssen die Christen danach trachten, daß ihre Nationen bezeugen: mit friedlichen Methoden können die Ziele verwirklicht werden, die wir alle vertreten.

Es gibt erschütternde Beweise dafür, daß die sogenannten „freien Gesellschaften“ selber dazu neigen, jene Merkmale der sowjetischen Methode anzunehmen, welche die Christen ganz besonders verurteilen. In den Vereinigten Staaten legt man großen Wert darauf, die militärische Vorherrschaft zu erringen, und militärische Ratgeber sind einflußreicher, als es jemals zu normalen Zeiten in dieser Republik der Fall war. Einige Kreise der amerikanischen Presse reizen zu Gefühlen des Hasses gegen die Sowjetunion, und man beobachtet auch einige Verdrehung der Wahrheit, besonders durch Übertreibung dessen, was wahr ist, aber geringe Bedeutung hat. Es ist ohne Zweifel zu wünschen, die freien Gesellschaften sollten fest und stark sein. Auch ist es wichtig, daß die Mitglieder der freien Gesellschaften die wahre Natur des Sowjetprogramms verstehen sollten, so daß sie es nicht irrtümlich unterstützen. Sodann ist es nicht gut, die gefährliche Natur des Sowjetprogramms zu verschleiern. Wenn immer eine besondere Gruppe darauf ausgeht, die Welt zu beherrschen und das durch Methoden der Gewalt zu tun, durch Zwang und Terror, muß sich eine gespannte Lage ergeben. Ohne Zweifel wollen die Sowjetführer keinen größeren Krieg, obwohl wir daran erinnern müssen, daß Lenin festgestellt und Stalin es wiederholt hat, „wenn die herrschende Klasse, das Proletariat, sich behaupten will, so muß es seine Fähigkeit dazu auch durch militärische Organisation beweisen“ (Lenin). Aber wenn auch die Sowjetführer heute, wie wir glauben, ihre Methoden der inneren Durchdringung für wirksamer erachten als internationalen Krieg, so bleibt die Lage dennoch riskant. Es erfordert ein sehr feines Urteilsvermögen, Gewalt genau bis zu einem solchen Grade anzuwenden, der den äußersten Gewinn einträgt, ohne sich in einen wirklichen Krieg zu stürzen. Eine derartige Anstrengung setzt auch auf seiten der andern einen Grad von Selbstbeherrschung voraus, der, so hoffen und beten wir, besteht, der aber nicht gewiß ist. So hängt der Frieden ab von Zwischenfällen oder Fehlschätzungen. Die freien Gesellschaften müssen dieser Wirklichkeit ins Auge sehen. Aber sie müssen sich auch zur Übung eiserner Selbstbeherrschung zwingen und entschlossen sein, nicht selber Gewalt anzuwenden, um das Sowjetexperiment zu zerschlagen. Sie mögen das Sowjetexperiment mit seinem Staatssozialismus und seinem weltumfassenden dynamischen Programm nicht lieben, sie müssen aber anerkennen, daß eine freie Welt eine Welt der Verschiedenheit ist und daß jede Gesellschaft das Recht hat, zu experimentieren und den Wettstreit zu eröffnen. Marschall Stalin erklärte, die Ergebnisse des ersten Fünf-Jahresplanes bewiesen, daß „die arbeitende Klasse ebenso fähig ist, die neue Gesellschaft zu errichten, wie die alte zu zerstören“ und daß

sie den Anspruch des Kapitalismus erschüttert habe, „die beste aller Gesellschaften zu sein“. Wenn tatsächlich das Sowjetsystem des Staatssozialismus den Kapitalismus friedlich widerlegen kann, so hat es ein Anrecht auf die Möglichkeit, das zu tun. Unglücklicherweise legen die Sowjets nicht in erster Linie auf solche Methoden friedlichen Wettbewerbs und Vergleichs wert. Doch sind die Sowjetmethoden, obwohl teilweise derart, daß die Christen sie allgemein verwerfen werden, soweit wenigstens Methoden ohne Krieg, und die christlichen Bürger der freien Gesellschaften müssen eine äußerste Anstrengung machen, alles in ihren Kräften Liegende zu tun, um es dabei zu lassen und darauf zu achten, daß ihre Nationen friedliche Antworten finden, die es gibt und die das System freier Gesellschaften erhalten und ausdehnen können.

Die bedeutendste Antwort auf die sowjetische Drohung wird darin bestehen, diejenigen Reformen friedlich durchzuführen, von denen die Sowjetführer behaupten, man könne sie nur durch gewaltsame Mittel erwirken. Wir müssen durch wirkliche Bezeugung Stalins Wort als irrig erweisen, daß „man ein Revolutionär und nicht ein Reformist sein muß“. Die westlichen Demokratien haben ihr Prestige in der Welt durch ihre großen friedlichen Errungenschaften gewonnen. Die industrielle Revolution, die Anschauung von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ und die Versuche mit der politischen Freiheit haben weltweites Vertrauen geschaffen zu der dynamischen und lebensschaffenden Eigenschaft ihrer Institutionen. Aber schon seit langem haben diese Demokratien keinem ernsthaften Wettbewerb gegenübergestanden. Die Qualität ihrer Bemühungen hat sich verringert, und sie sind in beträchtlichem Ausmaß in eine Bewegung abgeglitten, die dahinschwindet. Viele mögen es nicht, daß nun eine Bedrohung sich erhebt. Viele würden den Frieden vorziehen, der eine Bedingung der Ruhe oder Stagnation ist, wo alle Drohung und Gefahr beseitigt ist und wo die Menschen sich dem Gefühl hingeben, daß sie in Sicherheit erschlaffen dürfen. Einige neigen zu der Ansicht, daß wir überhaupt keinen Frieden haben, wenn wir nicht diesen Frieden erreichen, und wenige Unverantwortliche sprechen davon, man solle Gewalt anwenden, um den Störenfried zu vernichten. Das ist Wahnsinn. Diejenigen von uns, die zu den westlichen Völkern gehören, haben mit der Aufgabe zu rechnen, uns auf einen dynamischen Frieden einzustellen, in welchem es Wettbewerb gibt. Wir haben es uns klar zu machen und müssen es den Wortführern anderer Systeme klar machen, daß wir eine Welt begrüßen, in der es friedlichen Wettstreit gibt. Vor allem müssen wir uns klar werden, daß wir friedlich durch Reformen Resultate erzielen können, die alle Menschen herbeiwünschen und die sie bereitwillig mit den sowjetischen Fürsprechern durch Gewaltmethoden suchen werden, solange wir nicht beweisen können, daß sie auch durch friedliche Mittel erreicht werden.

Wann immer ein System herausgefordert wird, besteht die Tendenz, sich zu vereinigen, um das System zu unterstützen, wie es ist. Die Welt beginnt sich zu teilen in solche, die den status quo aufrechterhalten wollen, und solche, die ihn ändern wollen. Wie wir gesehen haben, werden diejenigen, die den status quo erhalten möchten, unvermeidlich geschlagen. Und fast unvermeidlich wird die Frage durch Gewalt gelöst. Das Ergebnis wird nicht der besondere Wechsel sein, den die dyna-

mischen Kräfte sich gewünscht hatten, aber ebenso wird es nicht den status quo bewahren, den ihre Gegner zu erhalten wünschten. So auch angesichts der sowjetischen Drohung: wir müssen uns nicht zusammentun, um unsere Institutionen zu verteidigen, wie sie gerade sind, sondern wir müssen vielmehr trachten, sie besser zu machen, als sie heute sind.

Der wichtigste praktische Vorschlag von Dulles ist der Ausbau der Vereinten Nationen, die Inkraftsetzung einer internationalen Erklärung der Menschenrechte, über die man sich geeinigt hat, und die Schaffung von ausführenden Organen wenigstens für soziale und wirtschaftliche Fragen.

Es ist ausgemacht, daß eine Weltregierung der letzte und der schwierigste Schritt ist, den man unternehmen kann. Es ist leichter, einen politischen Mechanismus auf einer weniger universalen Grundlage zu entwickeln als auf einer universalen Grundlage. Indem man so vorgeht, können die Menschen gleichsam die Möglichkeiten eines friedlichen und überlegten Wechsels auf internationaler Basis vermehren. Wenn z. B. zehn Nationen einen gemeinsamen politischen Mechanismus herausfinden, sollte man sie nicht daran hindern nur deshalb, weil sechzig Nationen nicht dasselbe fertig bringen. Dann müßte man logischerweise sagen, die Staaten der Sowjetunion oder der Vereinigten Staaten hätten sich nicht politisch zusammenschließen dürfen, weil diese Einigung nicht auf einer weltumfassenden Basis zustande gekommen ist. Regionalpakte und Abreden für gemeinsame Verteidigung werden durch die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich gutgeheißen (Art. 51, 52). Man sollte sie fördern und nur der Bestimmung unterwerfen, daß sie wirklich auf einer echten und legitimen Grundlage gemeinsamer Interessen errichtet werden; daß sie in keinem Sinne eine Militärallianz sind, die gegen irgendeinen andern Staat gerichtet ist; und daß sie aufrichtig sich bemühen, die Universalität innerhalb der Vereinten Nationen zu erhalten und zu fördern. Heute gibt es in der Welt eine Reihe internationaler Gruppen, die Sowjetunion und ihre verschiedenen verbündeten Staaten, das Britische Weltreich, die Arabische Liga, das Panamerikanische System. Solche Gruppierungen können Schritte in Richtung auf eine universale Weltordnung sein, die das Ziel unseres langfristigen Programms ist.

Wir könnten an diesem Faden unbegrenzt fortspinnen. Doch haben wir genug gesagt, um damit zu zeigen, daß man mit einem Sittengesetz von universaler Geltung und mit den Vereinten Nationen als einem Ort, wo nationale Handlungen vor ein weltweites Urteil gestellt werden, bedeutende zwischenzeitliche Resultate erzielen kann. Es bleibt innerhalb des Rahmens der Charta viel zu tun auf einer weniger universalen Grundlage. Nationen und Völker können viel tun, um einander zu helfen. Solche Bemühungen haben nicht die Stellung eines langfristigen Programms, denn sie bilden nicht eine bewußte planvolle Arbeit, auf weltumspannender Grundlage die Vorbedingungen für eine allgemeine Einrichtung zur Herbeiführung eines Wechsels zu schaffen. Aber interimistische Maßnahmen können die Zeit ausfüllen und das notwendige Prestige für die erfolgreiche Entwicklung eines langfristigen Programms sichern.

Was uns dringend und möglich erscheint, ist, in Menschen das Verständnis für eine friedliche Bewegung auf einen Zustand größerer Vollkommenheit wieder zu

erwecken. Viele sind geistig geschlagen und zerbrochen durch die Gewalt jener Kräfte, die nun seit über einem Jahrzehnt in der Welt entfesselt waren. Sie haben zeitweise ihre Hoffnungen — vielleicht unbillige Hoffnungen — auf die Vereinten Nationen gesetzt. Aber diese Hoffnung ist weithin wieder vergangen, und man gibt sich der verzweifelten Annahme hin, daß die Fortsetzung der Gewalt noch für eine ganze geschichtliche Epoche unvermeidlich sein werde.

Das ist eine gefährliche Stimmung. Sie kann vielleicht durch Taten erschüttert werden, die auch nur in kleinem Umfang die Möglichkeit eines friedlichen Wechsels erweisen. Laßt uns darum nicht verachten, was gegenwärtig möglich ist, da wir doch wissen, daß kleine Dinge eine Wiedergeburt von Glaube und Hoffnung bewirken können, und daß aus Glaube und Hoffnung wieder größere Dinge erwachsen, die weit über das hinausgehen, was wir hier dargelegt haben.

Schlußfolgerungen

Die Rolle der christlichen Kirchen

Viele werden das Gefühl haben, daß das hier vorgelegte Programm ganz unangemessen ist; und sie mögen damit ganz recht haben. Sicher erscheinen unsere Vorschläge phantasielos im Vergleich zu vielen Programmen, besonders dem Sowjetprogramm, das den idealen einzigen Weltstaat durch die Mittel einer weltumfassenden Revolution des Proletariats erreichen will. Wir haben uns bemüht, unter der selbst auferlegten Richtlinie zu schreiben, nämlich nur das vorzuschlagen, was nach unserer Meinung *praktisch* durch *friedliche* Mittel erreicht werden kann, ohne Preisgabe der so schwer erkämpften Menschenrechte. Ohne Zweifel gibt es auch in diesen Grenzen bessere Pläne als die hier geschilderten. Aber kein Programm, das sowohl praktisch wie friedlich ist, wird so fesselnd und dramatisch sein wie ein Programm, das nur der Phantasie oder der Gewalt entstammt.

Führer, die zur Gewalt rufen, ziehen eine fanatische Anhängerschaft an, weil sie den Eindruck machen, sie wüßten, was sie wollen, und seien entschlossen, das auch zu erreichen. Sie scheinen schon dadurch im Recht zu sein, daß sie viel für die Durchsetzung ihrer Ziele zu wagen scheineh. Viele scheinen zu glauben, daß jeder mann bereit ist, für die „Wahrheit“ zu kämpfen und zu sterben, und daß in seinem Herzen zweifelt, wer nicht Mord und Tod vertritt. So kommt es, daß Wege der Gewalt oft überschätzt und Wege des Friedens oft gering geachtet werden. Es wäre ein Leichtes, die sogenannten „freien Gesellschaften“ der westlichen „christlichen“ Kultur zur Eröffnung eines großen Kreuzzuges, eines heiligen Krieges aufzustacheln. Ihr Programm könnte in vielen schönen und tönenden Schlagworten ausgedrückt werden, wie „Vernichtung des atheistischen Despotismus“ oder „Beseitigung des letzten Widerstandes gegen die unbedingt notwendige Weltregierung“. Solch ein Programm würde große Begeisterung und viele schöne Opferbereitschaft erwecken. Viele würden mit Freuden für solche Ziele kämpfen und sterben. Wir lehnen aber jede derartige Methode ab aus unserer tiefen Überzeugung, daß ihre Gewalt schließlich alles vergeblich machen würde. Wir erachten ein solches Verfahren für ebenso unvereinbar mit dem Christentum wie die Gewaltmethode, die die Sowjetführer vertreten;

in beiden Fällen würde die Art des Vorgehens ganz andere Ergebnisse zeitigen, als man gesucht hatte.

Wir sind uns dessen voll bewußt, daß vielen Leuten friedliche und praktische Programme als Beweis für einen Mangel an Eifer erscheinen, mit denen wir selbstsüchtig die Erhaltung der Ubel des status quo betreiben. Diese Einschätzung kann und sollte nach unserer Meinung geändert werden. Wir meinen, die Christen sollten die Selbstbeherrschung, Selbstzucht und Achtung vor der menschlichen Würde, die notwendig für einen friedlichen Wechsel sind, höher einschätzen, als sie es zu tun scheinen. Wir meinen auch, die christlichen Kirchen könnten einen Weg finden, um dafür zu sorgen, daß friedliche Bemühungen reicher an Inspiration und an Opfersinn erscheinen. Es ist eine Tragödie, daß Inspiration und Opfergeist in großem Umfang nur auf dem Wege der Gewalt erweckt zu werden scheinen. Könnten die christlichen Kirchen das ändern, dann würden sie tatsächlich den christlichen Bürgern auf diesem Wege helfen. Wir haben nicht Aufgaben umrissen, an denen sich nur Christen beteiligen können, weil wir meinen, falls Christen ein politisches Programm betreiben, das nur Christen unterstützen können, so müßten sie logischerweise daran denken, im Namen ihrer besonderen Glaubensgemeinschaft ein Monopol an Macht und Vorrecht in Anspruch zu nehmen. Das würde in unseren Augen, wie wir klar gemacht haben, das Programm verfälschen. Aber die von uns entworfene Aufgabe ist derart, daß sie in den christlichen Kirchen ein besonderes Gefühl der Verantwortung erwecken sollte.

EINE STIMME AUS DEM OSTEN

Zu dieser Vorlage von John F. Dulles hat der Prager Theologe Professor Joseph L. Hromodka eine Darstellung der Lage aus der östlichen Perspektive gegeben, die eine Apologie christlichen Lebens unter dem Sowjetregime und starke Vorbehalte gegenüber der westlichen Ideologie bringt. Der Verfasser schildert vor allem den Prestigeverlust, den die „freien Demokratien“ in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg erlitten haben, weil sie die sozialen Grundbedürfnisse der Völker nicht haben erfüllen können. Allerdings setzt sich auch Hromodka von dem dialektischen Materialismus der Sowjets ab, den er als „die Inkarnation einer antichristlichen Religion“ bezeichnet. Aber man könne doch im Unterschied zum Nationalsozialismus die klassische Theorie des Kommunismus als „säkularisierte christliche Theologie“ ansehen. „Der kommunistische Atheismus ist in großem Ausmaß eher ein Werkzeug und eine Waffe der antibürgerlichen Propaganda als ein bestimmter Glaube...“ Nach einer gewissen Rechtfertigung des Sowjetregimes kommt Hromodka zu dem Schluß:

„Die Stärke des sowjetischen Systems ist eine Garantie gegen die möglichen Gefahren eines internationalen Chaos und allgemeiner Anarchie. Wer kann sagen, was die Schwächung oder die Zerstörung des gegenwärtigen russischen Regimes zur Folge haben würde? Wie fatal würde die Lage Osteuropas und Asiens wie auch die Lage von Mittel- und Westeuropa werden, wenn der Prozeß einer Wiederherstellung und Konsolidierung innerhalb des Sowjetbereiches aufgehalten oder paralysiert würde! Die westlichen Demokratien sind weder moralisch noch politisch fähig, mit der Krise fertig zu werden, die einer kritischen Schwächung der Sowjetunion folgen würde.“

Darum fordert Hromodka von den christlichen Kirchen in Amsterdam, daß sie die bestehende politische Spannung in der Treue zu dem gekreuzigten und auferstandenen Heiland durchbrechen und nach beiden Seiten hin die Wahrheit verkünden.

DIE EINHEIT DER CHRISTENHEIT IM KAMPF ZWISCHEN OST UND WEST

Unter diesem Titel hat N. Berdjajew noch kurz vor seinem Tode eine Vorlage für die 4. Kommission verfaßt, die sich ebenfalls kritisch mit dem westlichen Christentum auseinandersetzt, aber theologisch ergiebiger ist.

Die Welt, die ins Chaos gestürzt ist, erfährt eine Krisis — mit ihr das Christentum. In seiner festgelegten, traditionellen Gestalt hat es nicht die Kraft, mit den Fragen und Leiden der Welt fertig zu werden. Im Vergleich mit den stürmischen und dynamischen säkularen Bewegungen von oft dämonischem Charakter erwiesen sich die christlichen Kirchen als schwach. Allein die Wiedervereinigung der Christenheit und der christlichen Kirchen könnte das Christentum angesichts des Ringens und der Zersplitterung der Welt stärken.

Unglücklicherweise ist indes die ökumenische Bewegung nicht immer ganz aufrichtig. Eine aufrichtige Haltung gegenüber dem ökumenischen Problem setzt auf der Seite jeder christlichen Denomination ein Bewußtsein ihrer eigenen Unvollständigkeit und ein Ringen um Vollkommenheit voraus. Die Fülle der universalen Kirche Christi hat noch nicht ganz ihren Ausdruck und ihre sichtbare Verkörperung gefunden. Alle geschichtlichen Formen des Christentums sind begrenzt und in gewissem Umfang verzerrt durch die Eigenart ihrer Entwicklung, die menschliche Selbstbehauptung, durch nationale und soziale Voraussetzungen — und doch verbirgt sich hinter diesen Gestalten die eine, universale Kirche. Die übliche Unterscheidung von sichtbarer und unsichtbarer Kirche ist relativ. Es wäre unrecht zu sagen, im Katholizismus sei die Kirche sichtbar und im Protestantismus unsichtbar. Auch im Protestantismus gibt es eine sichtbare Kirche — obwohl in anderer Gestalt —, und im Katholizismus ist die unsichtbare Kirche bedeutungsvoller als die sichtbare. Aber man könnte sagen, die universale Kirche, die die Fülle der Wahrheit umfaßt, sei noch nicht völlig sichtbar, und ihre letzte Offenbarung sei messianische Hoffnung und Erwartung...

Chaos der Welt und Triumph der antichristlichen Bewegungen sind weithin die Schuld der Christen in der Vergangenheit. Die Christen und die christlichen Kirchen haben sich zu oft den regierenden Gewalten gefügt, haben ungerechte und unchristliche soziale Systeme verteidigt und sanktioniert. Die Kirche bejahte und sanktionierte unter Berufung auf Paulus jede Macht als von Gott kommend. Aber der Hauptgrund für den begrenzten Charakter der historischen Formen des Christentums ist, daß sie es ablehnten oder sich nicht imstande sahen, das Schöpfertum des Menschen zu rechtfertigen. Im Mittelalter wurden die schöpferischen Kräfte des Menschen gehemmt und zwangsweise der religiösen Autorität unterworfen. Die Befreiung begann mit der Renaissance, und nach und nach wurden alle Bereiche des menschlichen kulturellen und sozialen Handelns als autonom anerkannt. Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Nationalität, Technik usw. wurden freigesetzt. Jeder autonome

Bereich erhielt seine Eigengesetzlichkeit und stand unter keinem geistigen Zentrum. Aber der Mensch wurde durch diese autonomen Bereiche versklavt; keiner von ihnen wies Freiheit für den Menschen als ganzen auf. Gegenwärtig tritt das am deutlichsten in der Macht der Technik über die menschliche Existenz zutage. Auch der schrecklichste aller Einzelbereiche, der Krieg, ist autonom geworden. Politik, Wirtschaft, Staat usw. lehnen es ab, sich irgendeiner geistigen Macht zu unterwerfen. So macht denn jeder Sonderbereich totalitäre Ansprüche. Das ist eine der Hauptquellen für den chaotischen Zustand der Welt. Christen nennen das gerne Säkularisierung und schieben die Schuld auf die Feinde des Christentums. Aber statt Anklagen zu erheben, täten sie besser zu erkennen, daß das Schöpfertum des Menschen nie ganz frei gewesen ist. Des Menschen schöpferisches Tun wurde nicht religiös gerechtfertigt, sondern nur geduldet...

Wenn das Christentum eine schöpferische Rolle in der heutigen Welt spielen soll, dann muß sich ein Wandel im christlichen Bewußtsein vollziehen. Können wir fortfahren, das Christentum einzig als die Religion *persönlicher* Errettung im ewigen Leben zu verstehen, — was doch nichts anderes heißt als Übertragung unserer Selbstsucht auf die jenseitige Welt? Ein solches Verständnis ist die Hauptrolle reaktionärer Triebkräfte im Christentum. Eine Religion bloß persönlicher Hells steht in wesenhaftem Widerspruch zu der frohen Botschaft vom Kommen des Gottesreiches. Dieses Reich bedeutet nicht nur eine persönliche, sondern eine soziale und kosmische Verklärung. Der Begriff der Verklärung ist tiefer als der der exoterisch verstandenen Errettung. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, sich des größten Denkers unter den griechischen Vätern, des Gregor von Nazianz, zu erinnern. Nach seiner Ansicht war Rettung nur für die ganze Welt möglich, für die ganze Menschheit und nicht für den einzelnen isolierten Menschen. Er glaubte deshalb an die universale Errettung und leugnete die ewige Strafe. Genau das ist es, was die metaphysische Rechtfertigung der Katholizität und Gemeinschaft bedeutet. Ich kann Rettung nur mit meinen Brüdern finden, mit dem ganzen Menschengeschlecht und der ganzen Welt.

Die gleiche Sache ist mit der orthodoxen Idee des *sobornost*, des Beieinanderseins, gemeint, die den Begriff einer ausschließlich individuellen Errettung beseitigt. Deshalb ist die Idee der Prädestination und der Errettung der Erwählten dem östlichen Christentum, der Orthodoxie immer fremd gewesen. Die Theorie der Prädestination, die dem westlichen Christentum so wichtig ist, ist unter orthodoxen Theologen nicht einmal Gegenstand der Erörterung gewesen.

Man könnte meinen, diese metaphysischen Erwägungen hätten wenig Gewicht für die praktische ökumenische Bewegung. In Wahrheit aber besteht hier ein sehr tiefer Zusammenhang. Die christliche ökumenische Bewegung ist ein Problem der christlichen Metaphysik und kann nicht von ihr getrennt werden. Das in der Orthodoxie wurzelnde russische religiöse Denken mag in diesem Zusammenhang von Wert sein. Es formulierte die Probleme der Menschen, der Gesellschaft, des Kosmos auf neue Weise. Nichts kann schlimmer sein als die ruhige Selbstgefälligkeit von Christen, die sich einbilden, daß bei ihnen alles in Ordnung ist und daß keine neuen Fragen entstehen können. Wir finden sie auch in kon-

servativen orthodoxen Kreisen, die oft sehr unbeweglich sind. Die selbstgenügsamen und selbstgefälligen Christen verachten die Qual der Welt und ihr Fragen...

Das Schicksal der russischen Kirche

Das Schicksal der russischen Kirche ist für die Stellung des Christentums in der Welt von enormer Wichtigkeit. Einst war die orthodoxe Kirche äußerlich mit dem alten Regime verbunden — der autokratischen Monarchie, die als etwas Heiliges betrachtet wurde. Das war eines der größten Ärgernisse für die christliche Kirche, und soweit sich die Kirche ihm fügte, war sie ein Hindernis für das Verständnis des Christentums in seiner reinen Gestalt. Es war nicht leicht, das Erbe der Vergangenheit auf einmal wegzuerwerfen. Die Befreiung kam nach langen Jahren des Leidens und des Märtyrertums, und zuletzt wurde die Kirche gereinigt. Die russische Kirche ist nicht mehr mit irgendeinem politischen Regime verbunden. Sie steht loyal zu der Sowjetmacht als der einzigen geschichtlich gewordenen Staatsgewalt in Rußland. Die Sowjetregierung hat ihre Haltung zur orthodoxen Kirche geändert. Sie hat erkannt, daß die Kirche für die Stärkung des Patriotismus und in der Bekämpfung einer möglichen Demoralisierung des russischen Volkes brauchbar sein kann. Die frühere Verfolgung gibt es nicht mehr, und es gibt keine Propaganda des kämpferischen Atheismus. Es gibt Freiheit des Gewissens und des Gottesdienstes und selbst eine wohlwollende Haltung gegenüber der Geistlichkeit. Aber der Bereich des religiösen Lebens ist eng umschrieben, die Freiheit begrenzt, und religiöse Propaganda ist verboten. Es kann kein Eingreifen von der Seite der Sowjetregierung in das innere Leben der Kirche geben, und dergleichen würde in der Tat keinen Sinn haben. Ein solches Eingreifen, sehr schmerzlich für die Kirche, geschah unter der Monarchie, die sich selbst als orthodox betrachtete. Von der Tatsache, daß die Sowjetregierung sich zu einer atheistischen und materialistischen Weltanschauung bekennt, muß zugegeben werden, daß sie in Wirklichkeit günstig für die russische Kirche ist, denn sie ist sozusagen eine Bürgschaft ihrer inneren Freiheit. Die Hoffnung auf größere religiöse Freiheit in Rußland und auf geistige Freiheit im allgemeinen — d. h. auf ein Nachlassen der totalitären weltanschaulichen Diktatur — liegt in dem Wachstum der religiösen Bewegung im russischen Volke. Das Wachstum einer solchen Bewegung aber wird von allen bezeugt. Es muß schließlich zum Sieg über den dialektischen Materialismus führen, der so schlecht zum russischen Nationalcharakter paßt. Ich spreche nicht von den sozialen Ergebnissen der russischen Revolution, die großen positiven Wert haben und besser zu der christlichen Lehre stimmen als das kapitalistische System, sondern von einem gewissen Weltverständnis, das dem Christentum wirklich entgegengesetzt ist. Die Kirche beschäftigt sich nicht selbst mit Politik und soll es auch nicht. Sie kann nur eine geistige und moralische Macht sein...

Gegenwärtig ist die Kirche in Rußland die einzige Macht, die geistig der Herrschaft des Materialismus widerstehen kann. Was das Bemühen angeht, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und die Menschen an gegenseitiger Ausbeutung zu hindern, so ist das ein Teil der russischen Idee und ist mehr christlichen als marxistischen Ursprunges. Natürlich ist die russische Kirche nicht

völlig frei, eine christliche Haltung zu allen Fragen des sozialen und kulturellen Lebens zu entwickeln; in dieser Beziehung sind die Menschen im europäischen Westen in besserer Lage. Aber sie müßten der russischen Kirche bei der religiösen Arbeit helfen, die sie tun kann und tut, und sie nicht hindern oder verurteilen. Die Verdammungsurteile kommen nicht nur von Fremden, sondern von exilierten Russen, die nicht begreifen, was in Rußland vor sich geht. So wird denn der Kampf zwischen Westen und Osten auch zwischen Christen geführt. Aber keine Kirche kann, wenn sie christlich bleiben will, an diesem Kampf zwischen dem West- und Ostblock teilnehmen. Das Christentum ist die dritte Macht, der dritte „geistige Block“. Der Gegensatz zwischen dem östlichen und westlichen Block vermehrt die Feindschaft, den Haß und das Chaos der Welt und führt schließlich zum Krieg. Die wachsende Aufsplitterung und das Chaos der Welt muß die Einigkeit aller christlichen Kirchen an den Tag bringen und das ökumenische Christentum offenbar machen.

In einer Wiedervereinigung der Kirchen und in der Entwicklung der prophetischen Seite des Christentums sieht Berdjajew die einzige Rettung.

DIE AUFGABE DER DEUTSCHEN DELEGATION

In zuständigen Kreisen der inzwischen zu Eisenach konstituierten „Evangelischen Kirche in Deutschland“ ist man sich darüber klar, daß die evangelischen Christen in Deutschland infolge ihrer einzigartigen Stellung zwischen Ost und West weder die Lösung der westlichen Kirchen noch die der russischen Orthodoxie übernehmen können. Man ist sich der besonderen Verantwortung bewußt, die gerade der Delegation der EKD für die Findung des rechten Wortes zu der Spannung zwischen Ost und West zukommt. Auch kluge Beobachter der amerikanischen Kirchen, die sich in den letzten Jahren mit der theologischen Problematik der Christen in Deutschland vertraut gemacht haben, wie z. B. Professor Carl Schneider-Chikago, warnten bereits in der Zeitschrift „Christian Century“ davor, daß die amerikanischen Theologen nicht in den Irrtum verfallen sollten, eine Art theologischer Führung in Amsterdam zu beanspruchen, sondern daß sie ernstlich auf die Anliegen der kontinentalen Theologie achten müßten. Es ist vorläufig nicht bekannt, in welcher Weise sich die Delegation der „Evangelischen Kirche in Deutschland“, der alle führenden Männer angehören, ihre Verantwortung wahrnehmen wird. Wir bringen indessen eine Stellungnahme aus der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg, die einen Einblick in die Vorbereitung auf Amsterdam gestattet (Aus „Die Zeichen der Zeit“, Evangelische Monatsschrift, Heft 5, 1948, S. 164 ff.).

Die Stellungnahme beginnt mit einer Darlegung der besonderen seelischen Lage der evangelischen Christen und der evangelischen Kirche in Deutschland als Zugehörige zu einem geschlagenen Volk, das in sich gespalten ist und schwere Schuld auf sich geladen hat. Die Kirche hat in Deutschland daher eine vordringliche Aufgabe der Verkündigung: sie predigt Versöhnung und Buße, Abkehr von allem Machtwahn, Rassenstolz und Klassenhochmut. Zugleich nimmt die Kirche aber auch teil an den unendlichen Leiden ihres Volkes, die Kirche von Berlin-Brandenburg auch ganz besonders noch als

eine Kirche der Ostzone an dem Schicksal dieser Provinzen.

In einem zweiten Teil geht die Stellungnahme auf das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu den Besatzungsmächten ein und legt die Grundsätze dar, nach denen sie mit diesen und ebenso mit den deutschen Behörden verkehrt. Zum Schluß heißt es dann:

Wir sind als Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg heute von Gott an einen Ort gestellt, der zu einem Schnittpunkt der Weltpolitik geworden ist. An der Grenze zwischen Ost und West mit ihren so verschiedenen Lebensformen, Anschauungen und Zielen, unter den Augen der Besatzungsmächte, die heute die gesamte Welt vertreten, sind wir uns der Verantwortung bewußt, die auf uns liegt. Wir tun unseren Dienst als Glieder eines Volkes, das in die politische Bedeutungslosigkeit gesunken ist; aber gerade in dieser Lage hören wir den Ruf unseres Herrn, Sein Evangelium des Friedens mit großer Freudigkeit zu verkündigen. Wir wollen Christen sein, „an den Beinen gestieft, als fertig, zu treiben das Evangelium des Friedens“ (Eph. 6, 15). Wir hoffen, daß auf solcher Verkündigung die Verheißung unseres Herrn liegt, daß sein Wort nicht leer zurückkommen soll. „Eure Lindigkeit lasset kund sein allen Menschen. Der Herr ist nahe!“ Wir bitten ihn, daß er seiner Kirche die Vollmacht zu solcher Verkündigung schenke und ihr auch Gehör gebe in unserem Volke und bei denen, die es regieren.

Anhang:

ACHTUNG DES KRIEGES

Einen bemerkenswerten Einblick in die Vorbereitungen für die außenpolitische Entschließung der Vierten Kommission des Ökumenischen Rates in Amsterdam gibt die französische reformierte Wochenschrift „Réforme“ vom 22. Mai 1948, in welcher sich die gleichen Tendenzen der politischen Theologie von Karl Barth aussprechen, die in der „Bekennenden Kirche“ in Deutschland und ihrem noch bestehenden zentralen Kampforgan, dem von Kirchenpräsident D. Martin Niemöller geführten „Reichsbruderrat“ so stark vertreten sind. Die genannte Nummer der „Réforme“ veröffentlichte im Anschluß an einen grundsätzlichen Leitartikel aus der Feder von Jacques Ellul gegen „die tugendhaften Mörder“, der eine Kampfansage gegen den Krieg enthält, eine „Erklärung“ von protestantischen Pfarrern und Laien Frankreichs, die in der Mehrzahl dem „Internationalen Versöhnungsbund“ angehören (von welchem eine ähnliche Erklärung dem Ökumenischen Rat überreicht wurde). In der französischen Erklärung wird angesichts des „apokalyptischen Konfliktes, der sich vor unsern Augen vorbereitet“, ein „prophetisches Zeugnis“ der Kirchen gefordert:

„Wir erklären infolgedessen, daß wir das Mittel des Krieges verdammen, unter welchen Formen er auch stattfinden möge; und wir sind entschlossen, in Erfüllung der Gerechtigkeit, im Bötigen der Barmherzigkeit und im Dienst der Wahrheit die Grundlagen eines Widerstandes ohne Gewaltanwendung und somit der Erledigung aller Konflikte und die Beseitigung ihrer Ursachen,

wie auch die Begründung einer gerechteren und brüderlicheren Gesellschaft zu suchen.

Wir fordern von allen Mitgliedern der Kirchen, daß sie im Angesicht Gottes ihre Stellung in dieser Frage überprüfen, und wir bitten inständig die verantwortlichen kirchlichen Organe, die Ökumenische Versammlung von Amsterdam zu einer förmlichen Erklärung des totalen Verzichtes auf den Krieg zu veranlassen, eine Erklärung, die jede Kirche eindeutig verpflichtet und jeden Christen auffordert, ihr zu gehorchen; denn dies ist das einzige Mittel, der verzweifelten und todkranken Welt das durchschlagende Zeugnis von der Liebe Gottes zu bringen“.

Diese „Erklärung“ protestantischer Pfarrer und Laien Frankreichs wird in einem Leitartikel von Jugendpfarrer Jean Bosc dahin kommentiert, daß die geforderte Verurteilung des Krieges durch die Ökumenische Versammlung von Amsterdam den Christen der verschiedenen Länder die moralische Grundlage verschaffen soll, im Falle eines Krieges dem Staat gegenüber den Dienst mit der Waffe zu verweigern. Man verspricht sich davon einen Einfluß auf die Regierungen, sich in ihrer Politik zu mäßigen.

KIRCHE UND KRIEG

Da sich die Versammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen mit dem Problem des Krieges beschäftigen wird, ist es interessant, die Stellungnahme der Weltkirchenversammlung für Praktisches Christentum in Oxford 1937 kennen zu lernen. Das Generalthema lautete damals „Kirche, Volk und Staat“. Der Bericht über diese Versammlung liegt vor in Band XII der Sammlung „Kirche und Welt“, Studien und Dokumente, mit dem Titel „Kirche und Welt in ökumenischer Sicht“, herausgegeben von der Forschungsabteilung des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum (Dr. J. H. Oldham), Genf 1938. Diesem Bande entnehmen wir Seite 250 ff den Sektionsbericht über „Kirche und Krieg“. (Die Zwischenüberschriften stammen von der Schriftleitung).

„... Auch hier ist unser Ausgangspunkt die weltumspannende Gemeinschaft der Christen, die Una Sancta... Hier liegt die erste Aufgabe der Kirche, wirklich in lebendiger Weise Kirche zu sein, d. h. eine Gemeinschaft, deren Einheit so tief ist, daß sie durch keine irdischen Scheidungen der Rassen, Völker oder Klassen zerstört werden kann.

Der Krieg, die Möglichkeiten, die zum Kriege führen können, und jede Lage, die die Tatsächlichkeit eines Konfliktes unter dem täuschenden Schein äußeren Friedens verbirgt, sind kennzeichnend für die Welt, in der die Kirche das Evangelium der Erlösung zu verkündigen beauftragt ist. Zum Krieg gehört erzwungene Feindschaft, teuflische Vergewaltigung der menschlichen Persönlichkeit und willkürliche Verzerrung der Wahrheit. Der Krieg ist ein besonders eindruckliches Zeichen für die Macht der Sünde in dieser Welt und ein Hohn auf die in Jesus Christus dem Gekreuzigten offenbarte Gerechtigkeit Gottes. Wir dürfen nicht erlauben, daß durch irgendeine Rechtfertigung des Krieges diese Tatsache verborgen oder verharmlost wird.

In jeder Lage muß der Christ zweierlei vor Augen haben: das uneingeschränkte Gebot: „Du sollst deinen

Nächsten lieben wie dich selbst" und die Verpflichtung, das zu tun, was diesem Gebot in der konkreten Lage am nächsten kommt. Sein Tun ist vielleicht nur ein unvollkommener Ausdruck vollkommener Liebe. Der Mensch ist der Gefangene einer mit Sünde belasteten Lage, zu deren Verkehrtheit er mehr oder weniger beigetragen hat. So ermangelt auch das Beste, was er tun kann, „des Ruhmes vor Gott“ und ist insofern Sünde. Jedermann muß seinen Anteil an der gemeinsamen Schuld tragen, durch die eine bessere Entwicklung unmöglich geworden ist. Wir alle müssen bekennen, daß unsere Gerechtigkeit „ein zerrissenes Kleid“ ist. Es ist jedoch unbedingte Pflicht gegenüber Gott, das relativ Beste zu tun; es nicht zu tun, heißt positive Schuld auf sich laden.

Zwei unvereinbare Standpunkte

Der Christ, dessen Land in Krieg verwickelt ist, befindet sich bei seinem Bestreben, den Willen Gottes zu erkennen, in einem Zustand quälender Ratlosigkeit. Wir haben vor allem zwei weitgehend unvereinbare Standpunkte in der Kriegsfrage festzustellen; einige andere bewegen sich auf der Linie zwischen diesen beiden. Die einen hoffen, den Krieg in der Kraft des in der Geschichte wirkenden Gottes durch religiöse und moralische Belehrung der Menschen und durch Betätigung des freien Willens aus der Welt zu schaffen; die anderen dagegen sehen den Menschen so in die Zwänge einer sündigen Welt verstrickt, daß der Krieg erst als Folge der Wiederkunft Jesu Christi in Herrlichkeit endgültig beseitigt werden wird.

Praktisch führt dieses Auseinandergehen der Überzeugungen im wesentlichen zu einer dreifach verschiedenen Stellungnahme, wie sie von Christen ernsthaft und auf Grund einer Gewissensentscheidung vertreten wird:

1. Einige meinen, daß der Krieg, vor allem in seiner modernen Form, in jedem Fall Sünde ist. Er steht im Widerspruch mit dem Wesen Gottes, das Liebe ist, mit dem durch das Kreuz bezeichneten Weg der Erlösung und mit der Gemeinschaft des Heiligen Geistes. Der Krieg ist letztlich in seinen Auswirkungen immer zerstörerisch und endet in Sinnlosigkeit, indem er auch das edelste Ziel, um dessentwillen er geführt wird, verderbt. Die Kirche kann nur dann ein schöpferisches, erneuerndes und versöhnendes Werkzeug zur Gesundung der Völker werden, wenn sie dem Krieg ganz und gar absagt. Die Vertreter dieser Haltung müssen deshalb die Teilnahme am Krieg für sich selber verweigern, unter ihren Mitmenschen für die gleiche Ächtung des Krieges zugunsten einer besseren Methode eintreten und aktive Friedensarbeit an die Stelle der bewaffneten Gewalt setzen.

2. Andere wieder würden nur an einem gerechten Krieg teilnehmen. Unter ihnen kann man wieder mindestens zwei Ansichten unterscheiden, die von der Definition abhängen, was ein „gerechter Krieg“ ist.

(A) Einige sind der Meinung, daß Christen nur an solchen Kriegen teilnehmen dürfen, die vom Völkerrecht her zu rechtfertigen sind. Sie meinen, daß in einer sündigen Welt der Staat die Aufgabe hat, im Gehorsam gegen Gott Gewalt anzuwenden, wenn Recht und Ordnung gefährdet sind. Kriege gegen internationale Vertrags- und Friedensbrecher sind mit Polizeimaßnahmen zu vergleichen, und die Christen haben die Verpflichtung,

daran teilzunehmen. Wenn aber der Staat seine Bürger zu einem Kriege aufbietet, der nicht auf diese Weise gerechtfertigt werden kann, so glauben sie, daß die Christen die Teilnahme verweigern müssen, denn der Staat hat kein Recht, seine Bürger zur Teilnahme an sündigem Tun zu zwingen. Viele würden hinzufügen, daß kein Krieg als „gerecht“ betrachtet werden darf, wenn die betreffende Regierung es unterläßt, den Streitpunkt oder den casus belli dem Schiedsspruch, der Vermittlung oder dem Urteil einer internationalen Autorität zu unterwerfen.

(B) Andere würden einen Krieg dann als „gerecht“ betrachten, wenn er unternommen wird, um einen von ihnen als wesentlich angesehenen christlichen Grundsatz zu verteidigen. Um den Opfern eines unprovokierten Angriffs zu Hilfe zu kommen oder Unterdrückten Freiheit zu verschaffen, würde es ihnen, wenn alle Mittel versagt haben, als christliche Pflicht erscheinen, zu den Waffen zu greifen. Sie würden die letzte Entscheidung dieser Frage ihrem Gewissen anheimstellen. Die Aufrechterhaltung der bürgerlichen oder der internationalen Ordnung ist sehr wichtig, kann aber im gegenwärtigen unvollkommenen Weltzustand doch nicht das Letzte sein. Bei aller Bereitschaft, für sich selber Leiden auf sich zu nehmen, darf der Christ doch andere dem nicht aussetzen, indem er sich weigert, für sie zu kämpfen.

3. Andere wieder betonen zwar, daß der Christ verpflichtet ist, für den Frieden und das gegenseitige Verstehen der Völker zu wirken, doch sind sie der Überzeugung, daß keine Bemühung dieser Art den Krieg in dieser Welt beseitigen kann. Ja, sie sehen zwar, daß politische Autorität häufig in selbstischer und unsittlicher Weise ausgeübt wird; nichtsdestoweniger glauben sie, daß der Staat das von Gott dazu eingesetzte Organ ist, ein Volk vor den schädlichen Auswirkungen anarchischer und verbrecherischer Neigungen seiner Angehörigen zu schützen und seine Existenz gegen die Angriffe seiner Nachbarn zu behaupten. Es ist daher die Pflicht des Christen, der Staatsgewalt soweit als möglich zu gehorchen und alles zu unterlassen, was sie schwächen könnte. Das bedeutet, daß normalerweise der Christ für sein Land die Waffen tragen muß. Nur wenn er unbedingt gewiß ist, daß sein Land für eine ungerechte Sache kämpft (z. B. im Falle eines ungerechten Angriffskrieges), hat der einfache Bürger das Recht, Kriegsdienst zu verweigern.

Unter den Vertretern dieser Ansicht würden einige zugeben, daß an Einzelne ein unmittelbarer Ruf Gottes ergehen kann, entschieden die Teilnahme an einem Krieg überhaupt zu verweigern, um so den Blick auf die Verderbtheit einer Welt zu lenken, in der Krieg möglich ist.

In beiden Fällen muß aber der Einzelne grundsätzlich die Bedeutung des Staates anerkennen und bereit sein, sich für die Verletzung der Staatsgesetze von der Obrigkeit bestrafen zu lassen.

Folgerungen: „Der größere Dienst“

Wir behaupten nicht, daß eine dieser Stellungnahmen vom christlichen Standpunkt aus als die einzig mögliche Haltung bezeichnet werden kann. Die Kirche muß es deutlich aussprechen, daß diese ungeklärte Lage ein Zeichen der Sünde ist, in die ihre Glieder verstrickt

sind. Sie kann sich aber nicht auf die Dauer mit dem Weiterbestehen dieser Meinungsverschiedenheit als etwas Unvermeidlichem abfinden, sondern muß alles tun, was in ihren Kräften steht, um ein gemeinsames Studium dieser Frage dadurch zu fördern, daß sie Vertreter verschiedener Auffassungen zusammenführt, die bei ihrem Bemühen, den in Jesus Christus offenbarten Willen Gottes zu verstehen, von einander lernen können. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß ihre Glieder auch im Raum von Volk und Staat zu leben haben und daß daher im Kriegsfall ein Widerstreit der Pflichten unvermeidlich ist, muß die Kirche diesen helfen, Gottes Willen zu erfassen, und dann ihre gewissenhafte Entscheidung achten, gleichviel, ob sie nun dazu geführt werden, am Krieg teilzunehmen oder nicht. Sie muß mit beiden in gleicher Weise die volle Gemeinschaft des Leibes Christi aufrecht erhalten. Sie muß sie auffordern, Buße zu tun und gemeinsam die Erlösung von dem sie verstrickenden Bösen zu suchen, die in Christus allein gefunden werden kann.

Die Kirche muß ihre Glieder zu dem Bekenntnis aufrufen, daß sie an der Fortsetzung von Krieg und Kriegesgeist in den Völkern mit der ganzen Menschheit Schuld tragen. Trotz der beachtlichen Bemühungen für den Frieden, die im Raum der Kirche unternommen worden sind, haben weder Geistliche noch Laien getan, was sie tun sollten, um die Kriegsursachen beseitigen zu helfen, nämlich ihre Stimmen erheben jede zum Krieg treibende Haltung und Politik erheben, und sie haben in Kriegszeiten das Wort der Wahrheit nicht unerschrocken genug verkündigt. Ja mehr noch, sie machten sich oft der Habgier, der Selbstsucht, des Mißtrauens, des Rassen- und völkischen Stolzes schuldig und trugen so zu der Verschärfung der Beziehungen zwischen den Völkern bei. Gleichzeitig muß die Kirche ihre Glieder aufrufen, „fleißig zu sein, zu halten die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens“. Sie sollten ernstlich danach streben, in ihrem persönlichen Leben von jeder inneren Haltung und allem Tun zu lassen, die aus politischen, sozialen und völkischen Gegensätzen stammen, aus denen der Krieg erwächst, und sollten nach den Früchten des Heiligen Geistes streben, welche sind „Liebe, Freude, Friede, Geduld, Freundlichkeit, Gütigkeit, Glaube, Sanftmut, Keuschheit.“

Die Kirche muß ihre Glieder daran erinnern, daß das Prinzip der unbedingten Souveränität von Staat und Volk, ob es nun in Friedens- oder Kriegszeiten verkündigt werde, mit dem Glauben der Kirche an die alleinige Souveränität Jesu Christi unvereinbar und daher als letzte Norm des Urteils und des Handelns unannehmbar ist. Es ist Pflicht der Kirche, dem Volk, in das sie hineingestellt ist, zu dienen; aber der größere Dienst, den sie leisten kann, ist der, daß sie in der kompromißlosen Treue gegenüber ihrem Herrn verharrt und daß sie alle nationalen Ansprüche uneingeschränkt der Richtschnur seines Evangeliums unterstellt...“

GEWISSENSERFORSCHUNG DER KIRCHEN IM KRIEGE

Zum besseren Verständnis der Aufgabe, die sich die 4. Kommission des „Ökumenischen Rates“ für die Versammlung von Amsterdam gestellt hat, ist es nicht nur wichtig, die grundsätzlichen Richtlinien von „Oxford“ zu

kennen, sondern auch die Stellungnahmen, die während des Kriegs von kirchlichen Organen zu der Frage der Mitverantwortung an der Kriegskatastrophe gemacht worden sind, zumal die Ansprachen Papst Pius XII. über einen gerechten Frieden diese ökumenische Besinnung weitgehend befruchtet haben. Mit Erlaubnis der Ökumenischen Zentrale in Frankfurt bringen wir nachstehend wertvolle Auszüge aus einem zusammenfassenden ungedruckten Bericht über das Thema.

A. Äußerungen der Kirchen und ihrer Vertreter in USA

Bei diesen Berichten aus Amerika ist zu beachten, daß sie auf die einflußreiche Tätigkeit der „Kommission des Federal Council zum Studium der Grundlagen eines gerechten und dauerhaften Friedens“ zurückgeht, die schon 1940 unter ihrem Vorsitzenden John Foster Dulles begründet wurde und die während des ganzen Krieges unablässig dem Geist nationaler Überheblichkeit wirksam widerstanden hat. So werfen diese Erklärungen auch ein neues Licht auf die Person von Dulles, der in Amsterdam eine nicht unbedeutende Rolle spielen dürfte.

I. Februar 1940, Philadelphia

Die erste repräsentative Äußerung der Kirchen in USA über die Mitverantwortung an der Kriegskatastrophe gibt der Bericht der Konferenz von Philadelphia, an der 285 Delegierte von etwa 30 verschiedenen Kirchengemeinschaften sowie 6 großen christlichen Organisationen, darunter des gesamten amerikanischen Missionswerkes, teilnahmen. Darin heißt es:

„1. In dieser tragischen Stunde dürfen weder die Kirchen noch die Nationen es wagen, in Selbstgerechtigkeit zu sprechen. Wir alle sind darin verwickelt und haben an der gemeinsamen Schuld teil, wenn auch in verschiedenem Grade. Die Kirche kann ihre Aufgabe nur erfüllen im Geist der Buße und Erniedrigung.

2. Nach unserer Überzeugung sollten die örtlichen Kirchen von der Kanzel das Evangelium allgemeiner Vergebung für die Menschen guten Willens und der Verständigung mit erneutem Ernst verkünden. Das ist dringendes Gebot in einer Welt, die von Unverständnis und Beschwerden durch engstirnigen Nationalismus, Rassenhaß und eigensüchtigen Imperialismus gequält wird. Wir meinen, die Kanzel der kleinsten Kirche ist ein mächtiger Faktor zur Schaffung einer weltverantwortlichen Haltung. Wir wollen lernen, uns selbst als Teil der universalen übernationalen Bruderschaft zu betrachten, die die weltumspannende Kirche darstellt, und danach streben, den Geist wahrer Brüderlichkeit mit den Kirchen der anderen Länder aufrecht zu erhalten, besonders mit solchen, die in den Krieg verwickelt werden könnten und somit von ihren christlichen Brüdern in andern kriegführenden Nationen abgeschnitten scheinen...“

11. Dezember 1940, Atlantic City

Die Erklärung der Mitschuld Amerikas an der Entstehung der Katastrophe wurde in der „Erklärung von Atlantic City“ bestätigt und vertieft, die von den Vertretern des amerikanischen Kirchenbundes angenommen wurde:

„1. Die geistliche Einheit in Christus wird von der demütigen Anerkennung eines jeden gefördert, daß er seinen Teil an der Verantwortung für die Übel trägt, die nun über uns gekommen sind. Wenn das Böse heute überhand nimmt, so hat das seinen Grund... Ganz gewiß ist niemand von uns ohne Schuld, und wir als Amerikaner anerkennen, daß eine große Last auf uns entfällt. Denn wem viel gegeben worden, von dem wird auch viel gefordert. In der Periode, die dem gegenwärtigen Kriege vorausging und ihn vorbereitete, besaß unsere Nation große Macht und Einfluß. Durch unser Tun wie Unterlassen übten wir einen tiefen Einfluß auf den Gang der Weltgeschichte aus. Dieser Verlauf aber hat ausgedehnte Gewalt und unermeßliches Unheil geschaffen. Also haben wir offensichtlich zu wenig von dem geleistet, was gefordert war...

Wie die Kirchen sich dem Haß entgegenstellen müssen, so müssen sie auch die Heuchelei bekämpfen. Solange die Menschen Geist und Gemüt auf die Übel von allen Seiten konzentrieren, ist es nahezu unvermeidlich, daß sie sich bei ihren Vergleichen selber im Recht fühlen. Wer für eine Sache Opfer bringt, kann kaum dem Gefühl entgehen, daß er eine größere Tugend verkörpert. Das führt rasch zu Heuchelei, die mehr als jede andere Sünde die zornige Verdammung durch Christus hervorrief.

Laßt uns kühn die Wahrheit verkünden, wie sie uns durch Christus offenbart wurde. Die Exponenten des Hasses, der Heuchelei und des extremen Nationalismus werden immer laut. Durch ihre Lautstärke schüchtern sie oft ein. Oft scheinen sie hinter sich auch die gewaltige Macht der Regierungen zu haben... Unter diesen Umständen erfordert es moralischen Mut, den christlichen Standpunkt auszusprechen...“

III. März 1942, Delaware

Noch umfassender und konkreter wird diese Mitverantwortung und Mitschuld in der Erklärung der Konferenz von Delaware begründet. In ihr waren 377 Delegierte amerikanischer Kirchen und christlicher Organisationen beteiligt:

„... Wir glauben, daß bei der Aufgabe, die internationalen Beziehungen in Übereinstimmung zum sittlichen Gesetz zu bringen, den Vereinigten Staaten ein schweres Maß der Verantwortung zufällt. Denn mindestens seit einer Generation besaßen wir eine vorherrschende wirtschaftliche Macht in der Welt und damit die Fähigkeit, entscheidend die Gestaltung der Weltereignisse zu beeinflussen. Wir sollten uns schämen und demütigen, daß heute die Einflüsse, welche die Welt gestalten, weithin unverantwortliche Kräfte darstellen. Unser eigener positiver Einfluß wurde gelähmt, weil wir uns auf unser Selbst und unsere kurzsichtigen materiellen Gewinne konzentrierten...“

Wir sehen die wirtschaftlichen Spannungen und das Elend unserer Tage als Symptome einer allgemeinen Weltunordnung an... Dieses Unheil, das oft durch die kurzsichtige und eigensüchtige Handelspolitik verschiedener Nationen verschärft worden ist, hat zum Kriege geführt... Aus dieser wirtschaftlichen Unsicherheit entstand eine Atmosphäre, die für das Aufkommen von Demagogen und Diktatoren günstig war...

Wir anerkennen mit tiefer Erschütterung die Sünde rassistischer Diskriminierung im Leben Amerikas und unsern eigenen Anteil, obwohl wir Christen sind, an der gemeinsamen Schuld. Solange unser Verhalten und unsere Politik den Völkern anderer Rassen in unserm eigenen oder in andern Ländern die wesentliche Stellung von Brüdern in der gemeinsamen Familie der Menschheit vorenthält, können wir nicht sicher mit der Aufgabe betraut werden, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken.“

IV. Januar 1945, Cleveland

Auch in der „Botschaft“ der während des Krieges gehaltenen letzten großen „Nationalen Studienkonferenz“ von Cleveland (Ohio) vom 16.—19. Januar 1945 wird die Verantwortung an der bisherigen Gesamtlage und im Blick auf eine kommende Friedenssituation folgendermaßen festgestellt:

„Ob Amerika beim Aufbau einer friedlichen Welt eine Hilfe oder ein Hindernis sein wird, das hängt von der Haltung der Einzelnen und der Gruppen in unserer Nation ab. Wir weisen auf die Gefahren hin, die in der Zufriedenheit mit bestehendem Unrecht lauern, auf die häufigen Widersprüche, die wir zwischen unsern letzten Glaubensüberzeugungen und unsern bewußten Zielen dulden; den falschen Sinn für nationale Sicherheit, der — trotz der Lehren aus zwei tragischen Kriegen — meint, die Vereinigten Staaten könnten abseits vom Rest der Welt und ihrer Probleme leben; die Unduldsamkeit und Diskriminationssucht; die Selbstsucht, die sich weigert, anzuerkennen, daß wir einander Glieder sind, die nicht bereit ist, für das Wohl der Weltgemeinschaft Risiken zu übernehmen, die blinde Hingabe an die nationale Souveränität; der Zynismus, der meint, es müsse immer Krieg geben, und der sich auf Gewalt allein verläßt; und den Geist des Hasses und der Rache gegen andere Völker...“

Im Hinblick auf die Friedensregelung in Europa sind wir folgender Überzeugung:

Die Regelung, die auf den Krieg folgt, sollte von dem Wunsch erfüllt sein, das Höchstmaß an Zusammenarbeit unter den Völkern Europas zu sichern und die wirtschaftliche Entwicklung Europas als eines Ganzen, Deutschland eingeschlossen, zu fördern. Einseitige Grenzziehung würde solche Zusammenarbeit hindern. Die Befriedung sollte die Versöhnung von Siegern und Besiegten möglich machen...

Unter den aufbauenden Kräften, auf welche ein neues Deutschland und ein neues europäisches Einigungswerk gegründet werden können, kommt den Kirchen eine Bedeutung ersten Ranges zu. Da sie Mittelpunkt des Widerstandes gegen Tyrannei und Unrecht innerhalb Deutschlands und der besetzten Gebiete waren, so können sie ein Medium werden, durch welches die Versöhnung vollbracht werden kann...“

B. Äußerungen der Kirchen und ihrer Vertreter in Großbritannien

I. Mai 1942

Die folgenden Äußerungen sind dem Bericht „Die christliche Kirche und die Weltordnung“ entnommen, der von der „Kommission der Kirchen für internationale Freund-

schaft und soziale Verantwortung" unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury herausgegeben wurde. Dieser Kommission gehören Vertreter aller Kirchen und christlichen Gemeinschaften Großbritanniens, ausgenommen der römisch-katholischen Kirche, an.

Der Bericht geht aus von der Feststellung der allgemeinen Mitverantwortung der Nationen für die gegenwärtige Katastrophe. Dabei wird eine Erklärung zitiert, die von den Erzbischöfen von Canterbury und York sowie von dem Moderator des Rates der Freikirchen und dem römisch-katholischen Erzbischof von Westminster im Anschluß an die fünf Friedenspunkte von Papst Pius XII. Ende Dezember 1940 herausgegeben wurde (Vgl. Herder-Korrespondenz 1. Heft, 1. Jhg., Seite 32 ff.):

„Die gegenwärtigen Ubel in der Welt sind dem Versagen der Nationen und Völker zuzuschreiben, die Gesetze Gottes durchzuführen. Kein dauernder Friede ist in Europa möglich, es sei denn, die Grundsätze der christlichen Religion werden zum Fundament der nationalen Politik und des gesamten sozialen Lebens gemacht. Das erfordert die Anerkennung aller Nationen als Glieder einer Familie unter der Vaterschaft Gottes...

Die Aufgabe der Kirche muß innerhalb ihrer eigenen Grenzen beginnen. Sie muß ihren Teil menschlicher Schuld anerkennen, der die Menschheit in den gegenwärtigen Zustand gebracht hat. Auch wenn sie von der Wahrheit und Wirksamkeit der christlichen Botschaft voll überzeugt ist, so hat doch die Kirche sichtbar versagt, die Welt von der Bedeutung ihrer Botschaft zu überzeugen. Besonders auf internationalem Gebiet sollten die Christen sich fragen, wieweit irgend ein wirksames christliches Zeugnis gegen die Versäumnis und Fehler geäußert worden ist, denen der letzte Krieg zuzuschreiben ist; wie weit christliches Zeugnis gegen die Lehren des Rassenhochmuts gegeben worden ist, oder wieweit die Kirche dazu beigetragen hat, die öffentliche Meinung für solche wirtschaftliche und politische Reformen und Opfer vorzubereiten, die vielleicht den Weltfrieden erhalten hätten. Nur in Buße über ihr eigenes Tun kann die Kirche an ihre Aufgabe in der Welt herantreten...

Ist die Kirche ihrer eigenen Sendung treu, so kann sie -- wenn auch demütig wegen ihres Scheiterns in der

Vergangenheit -- ein bestimmtes und vertrauensvolles Wort der Hoffnung und Führung an die Menschheit richten; und sie kann an ihrem eigenen Leben ein Beispiel gottgeschaffener Brüderlichkeit zeigen, die die Abgründe der Klassen, Nationen und Rassen überbrückt...

Die Kirche muß vollständiger ihren eigenen ökumenischen Charakter erkennen, der aus dem von ihr verkündeten Evangelium hervorgeht. Die Kirche ist in erster Linie eine universale Bruderschaft, geeint durch Gottes Gnade und erfüllt von dem Geist Christi...

Im Blick auf einen künftigen Frieden mit Deutschland und Japan werden folgende Leitgedanken verkündet:

a) Wir verwerfen jeden Versuch, dieses Problem im Geist der Rache zu lösen.

b) Wir verwerfen eine leere Gefühlsduselei, die vergangene Verbrechen und künftige Gefahren nicht beachtet.

c) Keine Lösung kann als zufriedenstellend angesehen werden, die nicht auf der einen Seite allen Völkern genügend Sicherheit gegen militärische oder wirtschaftliche Aggression durch andere gewährleistet, und die nicht auf der anderen Seite allen volle Möglichkeiten gibt, Siegern gleich Besiegten, ihr eigenes nationales und kulturelles Leben im Rahmen einer Weltordnung zu entwickeln."

II. Mai 1943

Weitere Äußerungen über die Mitverantwortung der Kirchen finden sich in dem Bericht der „Kommission der Kirche von Schottland für die Auslegung des Gotteswillens in der gegenwärtigen Krise“. Nach der Forderung eines öffentlichen Sündenbekenntnisses der Kirche im Geist der Demut und Buße heißt es:

„Keine größere Gefahr droht uns nach dem Krieg als ein demoralisiertes, anarchistisches und verzweifelt Deutschland, das inmitten eines verwilderten und erschöpften Europa versetzt wird. Was immer wir tun können, um in Deutschland ein gesundes, von Selbstachtung getragenes und blühendes nationales Leben wiederherzustellen, wird nicht nur zu unserem eigenen Vorteil gereichen, sondern zum Wohle von ganz Europa..“

Bibliographische Mitteilungen über katholische Auslands-Neuerscheinungen 1933—1946

Italien: Verschiedenes

(Fortsetzung)

BARBERA, Mario, SJ, Educazione e salvezza sociale, („Orientamenti e contributi“ Vol. III), Roma, La Civiltà Cattolica, 1945.

Die Heranbildung der neuen Generation ist für das Schicksal der Gesellschaft entscheidend. Im Anschluß an den Wortlaut der Enzyklika Plus' XI. über die christliche Erziehung der Jugend wird in einem gründlichen Kommentar und unter Bezugnahme auf die gegenwärtigen Probleme die Aufgabe einer von den Lehren des göttlichen Meisters beherrschten Pädagogik klar herausgearbeitet und ihre Bedeutung für die Neuordnung des Gesellschaftslebens gezeigt.

FAGGIOLI, Emilio, Educazione sana, Seconda edizione riveduta, Torino, Marietti, 1945, 156 Seiten.

Dieses Handbuch der katholischen Pädagogik erscheint in zweiter Auflage. Auf Grund der Enzykliken über Erziehungsfragen, der

geistlichen Übungen und der Bestimmungen des kanonischen Rechtes behandelt es die wesentlichen Gesichtspunkte der Erziehung nach ihren Faktoren, die Erzieher, die Zöglinge und die pädagogischen Mittel. Das Buch ist auf die Bedürfnisse des Klerus zugeschnitten, aber auch für Familienväter und Erzieher von großem Wert.

I PAPI E LA GIOVENTU', Documenti e discorsi rivolti dal Sommo Pontefice alla Gioventù Italiana di Azione Cattolica raccolti e ordinati dal P. G. Roberto Claretta OMV, Roma, Editrice A.V.E., 1944, XV-448 Seiten.

Aus der Presse der katholischen Jugend Italiens hat der Herausgeber alle päpstlichen Kundgebungen gesammelt und zu einem Dokument von großer Reichhaltigkeit vereinigt. Soweit es erforderlich war, hat er Anmerkungen beigefügt und die umfangreicheren Verlautbarungen durch Untertitel übersichtlich gegliedert. Zwei Indices erschließen chronologisch und nach sachlichen Gesichtspunkten den Inhalt.

RISTRETTO DEL CUORE DI GESU IN ROMA, I primi trent'anni di vita, 1914—1944, Città del Vaticano, Poliglotta Vaticana, 1944, 72 Seiten.

Im Sinne der marianischen Kongregationen vereinigt das „Ristretto“, das Don Antonio Colonna, ein Beamter des päpstlichen Staatssekretariats, 1914 gründete und durch drei Jahrzehnte leitete, über 2000 Jugendliche. Die gut ausgestattete Festschrift gibt einen interessanten Einblick in diese beispielhafte Einrichtung